

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. Mai 1996

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter, Robert (SPD)	35, 36	Dr. Lenonhard, Elke (SPD)	56, 57
Behrendt, Wolfgang (SPD)	4	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	17, 18
Duve, Freimut (SPD)	37	Marschewski, Erwin (CDU/CSU)	40
Erlner, Gernot (SPD)	59, 60	Dr. Rössel, Uwe-Jens (PDS)	52, 53
Ernstberger, Petra (SPD)	25, 26	Schily, Otto (SPD)	48, 49
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	33, 34	Schlee, Dietmar (CDU/CSU)	50, 51
Graf, Günter (Friesoythe) (SPD)	46, 47	Dr. Schuster, R. Werner (SPD)	31, 32
Haack, Karl Hermann (Extertal) (SPD)	2	Dr. Schwall-Düren, Angelica (SPD)	23, 24
Hagemann, Klaus (SPD)	3	Schwanhold, Ernst (SPD)	54, 61
Heistemann, Dieter (SPD)	9, 10	Dr. Skarpelis-Sperk, Sigrid (SPD)	55, 62
Ilte, Wolfgang (SPD)	19, 20	Dr. Sperling, Dietrich (SPD)	58, 63
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	5, 6	Such, Manfred (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 41
Kemper, Hans Peter (SPD)	44, 45	Tappe, Joachim (SPD)	29, 30
Kirschner, Klaus (SPD)	13, 14	Vogt, Ute (Pforzheim) (SPD)	42, 43
Krüger, Thomas (SPD)	38, 39	Wallow, Hans (SPD)	7, 11
Kubatschka, Horst (SPD)	27, 28	Wright, Heidemarie (SPD)	12
Kunick, Konrad (SPD)	15, 16	Zierer, Benno (CDU/CSU)	1
Lamp, Helmut (CDU/CSU)	21, 22		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	15

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

1. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

In welcher Reihenfolge und in welcher Gewichtung stehen die Gründe für die Arbeitslosigkeit in Deutschland nach Auffassung der Bundesregierung jeweils im einzelnen zueinander?
2. Abgeordneter
**Karl-Hermann
Haack**
(**Extertal**)
(SPD)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung beabsichtigt, für den Bereich der stationären medizinischen Rehabilitation in der Rentenversicherung Minderausgaben von 2,4 Mrd. DM vorzusehen und in der gesetzlichen Krankenversicherung nochmals 860 Mio. DM, so daß dies ein Wegfall von ca. 480 000 Reha-Maßnahmen und somit eine Schließung von ca. 200 Reha-Kliniken bedeutet, und werden die damit wahrscheinlich verbundenen Entlassungen zuzüglich der verlorenen Arbeitsplätze z. B. bei Zulieferern kostenmäßig gegengerechnet?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend**

3. Abgeordneter
**Klaus
Hagemann**
(SPD)

In welcher Weise kommt die Bundesregierung der Entschließung des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 1995 nach, in den Mitgliedstaaten der EU einen Europäischen Freiwilligen Dienst ableisten zu können, und zu welchen Bedingungen kann dieser Dienst in der Bundesrepublik Deutschland absolviert werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordneter
**Wolfgang
Behrendt**
(SPD)

Trifft die Meldung des Nachrichtenmagazins „Spiegel“ (s. Ausgabe 1996 vom 6. Mai 1996) zu, daß die Berliner Regierungsbauten 800 Mio. DM teurer als geplant werden, und wenn nein, wie soll die vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau angekündigte Senkung der bisher veranschlagten Kosten erreicht werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung,
Wissenschaft, Forschung und Technologie**

- | | |
|---|--|
| 5. Abgeordneter
Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU) | Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, angesichts der zunehmenden Europäisierung von Wirtschaft und Bildung und angesichts bisher guter Erfahrungen, weitere Anreize zur Einrichtung binationaler Studienprogramme mit fest integriertem Auslandsaufenthalt an deutschen Hochschulen zu schaffen? |
| 6. Abgeordneter
Dr. Egon
Jüttner
(CDU/CSU) | Was unternimmt die Bundesregierung, damit ein weiterer Rückgang der Bewilligungen für deutsche Studenten zur Teilnahme am Sokrates/Erasmus-Programm vermieden wird? |

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit**

- | | |
|--|---|
| 7. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Wie ist die Finanzierung des Entwicklungshilfeprojektes der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Uruguay, bei dem ein ehemaliger Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt als Leiter vorgesehen ist, mit bereits existierenden ähnlichen Projekten der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in der Region zu vereinbaren, und welche Empfehlung hat die Bundesregierung zur Besetzung der Leiterposition ausgesprochen? |
|--|---|

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|---|
| 8. Abgeordneter
Manfred
Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) | Welche Auskunft kann die Bundesregierung hinsichtlich des – unter dem Briefkopf – von „Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl“ im März 1996 vor den letzten Landtagswahlen an die Rentnerinnen und Rentner der betreffenden Bundesländer versandten Schreibens zum Thema „Renten“ geben, |
|---|---|

sofern es sich hierbei tatsächlich um einen Brief im Verantwortungsbereich der Bundesregierung handelte, über die Herkunft, Anzahl und Verwendung der dafür genutzten Adressen, über eine etwaige Beteiligung von Bundesbediensteten an dieser Aktion sowie über die mögliche Kostenbelastung des Bundeshaushalts, und wie viele schriftliche oder telefonische Protestreaktionen von Rentnerinnen und Rentnern sind der Bundesregierung nach ihren aktuellen Überlegungen zur Rentenbesteuerung insgesamt zugegangen, welche möglicherweise auch durch die zuvor anderslautenden Erklärungen wie in jenem Schreiben des Bundeskanzlers („... erwächst für uns Ihnen gegenüber eine moralische Verpflichtung. Sie können sich darauf verlassen: Ihre Rente ist und bleibt sicher. Unser Land braucht gerade in dieser Zeit eine verlässliche Politik. ... Schenken Sie ‚der CDU‘ Ihr Vertrauen“) mit ausgelöst wurden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

- | | |
|--|--|
| 9. Abgeordneter
Dieter
Heistermann
(SPD) | Welche Erfahrungen liegen dem Bundesministerium der Verteidigung über die Umstellung von der baren in die unbare Wehrsoldauszahlung vor? |
| 10. Abgeordneter
Dieter
Heistermann
(SPD) | Wurde der Gesamtvertrauenspersonenausschuß beim Bundesministerium der Verteidigung bei der Umstellung von der baren in die unbare Wehrsoldauszahlung beteiligt? |
| 11. Abgeordneter
Hans
Wallow
(SPD) | Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (inklusive der abkommandierten Soldatinnen und Soldaten) des Bundesministeriums der Verteidigung sind für dessen zwei zukünftige Dienstsitze Bonn und Berlin jeweils vorgesehen, und trifft es in diesem Zusammenhang zu, daß der Bundesminister der Verteidigung hinsichtlich der Ausgestaltung des zweiten Dienstsitzes nicht die von der Bundesregierung am 3. Juni 1992 beschlossenen Festlegungen teilt? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

12. Abgeordnete
**Heidemarie
Wright**
(SPD)
- Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der sich häufenden Meldungen von Erkrankungen durch das enterohämorrhagische Escherichia coli-Bakterium (Ehec) eine bundesweite Koordination und Erfassung der Untersuchungen der Bundesländer, um ein Gesamtbild über das Ausmaß und die Ursachen der Infektion zu bekommen?
13. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)
- Trifft es zu und ist es der Bundesregierung bekannt, daß die gemeinsamen Wettbewerbsgrundsätze der Aufsichtsbehörden der gesetzlichen Krankenversicherung vom 3. November 1994 den gesetzlichen Krankenkassen Ausgaben für allgemeine Werbemaßnahmen ermöglichen bei Beachtung des Gebots der Wirtschaftlichkeit und der Sparsamkeit?
14. Abgeordneter
**Klaus
Kirschner**
(SPD)
- Trifft es zu, daß diese Wettbewerbsgrundsätze beinhalten, daß in der Regel dieser Grundsatz gewahrt ist, solange die jährlichen Ausgaben der einzelnen Krankenkassen für allgemeine Werbemaßnahmen – einschließlich der entsprechend auszuweisenden Verbandsbeitragsanteile – 0,15% der monatlichen Bezugsgröße gemäß § 18 SGB IV je Mitglied nicht überschreiten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

15. Abgeordneter
**Konrad
Kunick**
(SPD)
- Welchen Rang mißt die Bundesregierung dem Kombinierten Ladeverkehr von und nach Rostock im Rahmen der transeuropäischen Netze bei?
16. Abgeordneter
**Konrad
Kunick**
(SPD)
- Wann ist mit dem Beginn des Ausbaus des Seekanals zum Rostocker Überseehafen zu rechnen?

17. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß trotz ihrer wiederholt gegebenen Zusagen für eine termingerechte Fertigstellung des Rostocker Seekanals die termingerechte Vertiefung und Verbreiterung ernsthaft gefährdet ist, da z. Z. noch Finanzierungsfragen offen sind und damit eine rechtzeitige EU-weite Ausschreibung des Projektes nicht mehr möglich ist, und durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung den termingerechten Ausbau des Seekanals dennoch sicherstellen?
18. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Ist der Bundesregierung weiterhin bekannt, daß eine zeitliche Streckung des Projektes zum Ausbau des Rostocker Seekanals nicht nur schwere wirtschaftliche Rückschläge für die Häfen und den Fährverkehr der Region hätte, sondern auch dem Ziel einer besseren Nutzung des Ostseeraumes als künftiges europäisches Binnenmeer widersprechen würde?
19. Abgeordneter
Wolfgang Ilte
(SPD)
- Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, daß der in der Antwort auf Frage 3 der Kleinen Anfrage (Drucksache 13/3943) genannte Wiederaufnahmetermine des eingleisigen Betriebs der Gleichstrom-S-Bahn auf dem Abschnitt Tegel/Hennigsdorf durch die Deutsche Bahn AG schon aus jetziger Sicht nicht mehr gehalten werden kann, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um sicherzustellen, daß eine Wiederinbetriebnahme spätestens 1998 erfolgen kann?
20. Abgeordneter
Wolfgang Ilte
(SPD)
- Wie ist der derzeitige Planungs- und Finanzierungsstand gegliedert (halbjährlich aufgeschlüsselt) der einzelnen Streckenabschnitte einschließlich der erforderlichen Bauwerke?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

21. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung den Entwurf einer Kompostverordnung rechtzeitig vorlegen, damit ihre Ankündigung vom Dezember 1995 erfüllt werden kann, wonach die Kompostverordnung zum Zeitpunkt des vollen Wirksamwerdens des Kreislaufwirtschaftsgesetzes am 7. Oktober 1996 in Kraft tritt, und wann wird die Bundesregierung den Entwurf einer Kompostverordnung vorlegen?

22. Abgeordneter
Helmut Lamp
(CDU/CSU)
- Welche Gründe haben dazu geführt, daß die Bundesregierung zweieinhalb Jahre nach der Bitte der Umweltministerkonferenz eine Kompostverordnung vorzulegen, diese Bitte noch nicht erfüllt hat?
23. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)
- Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus der Tatsache ziehen, daß es nach dem im Juli 1995 in Kraft getretenen „Ozongesetz“ seit 1990 trotz hoher Ozonwerte nur zweimal zu Fahrverboten gekommen wäre, obwohl nach einer neueren Studie im Auftrag von Greenpeace nachgewiesen ist, daß es bereits bei Ozonwerten weit unterhalb der bundesdeutschen Grenzwerte zu einem drastischen Anstieg von Asthmaanfällen und Allergierkrankungen kommt?
24. Abgeordnete
Dr. Angelica Schwall-Düren
(SPD)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung unter den Gesichtspunkten des vorsorgenden Gesundheitsschutzes die Konsequenz aus den vielen Ausnahmetatbeständen für ein Fahrverbot bei Ozonalarm, daß nämlich die Ozonwerte wegen der nur geringen Einschränkungen des Verkehrs kaum abzusinken sind?
25. Abgeordnete
Petra Ernstberger
(SPD)
- Schätzt die Bundesregierung den in Deutschland seit 1995 beschlossenen Ozongrenzwert von $240 \mu\text{g}/\text{m}^3$ als ausreichend ein, vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnisse, die ausagen, daß ca. 10% der Kinder bereits auf Ozonkonzentrationen um $120 \mu\text{g}/\text{m}^3$ mit einer Einschränkung der Lungenfunktion reagieren?
26. Abgeordnete
Petra Ernstberger
(SPD)
- Besteht für die Bundesregierung Handlungsbedarf bezüglich einer Herabsetzung des Ozongrenzwertes von $240 \mu\text{g}/\text{m}^3$, wenn man berücksichtigt, daß die entzündliche Reaktion der Atemwege bei niedrigeren Konzentrationen bereits sicher nachgewiesen ist, und daß eine Ozonexposition in der Regel über mehrere Tage besteht und somit die Reaktion akkumuliert?
27. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die Bedenken des Bundeskartellamtes gegen die Selbstverpflichtung für Altfahrzeuge, und welche Auswirkungen haben diese Bedenken auf die in Vorbereitung befindliche Altfahrzeugverordnung der Bundesregierung?

28. Abgeordneter
Horst Kubatschka
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung bisher noch keine Verordnungsentwürfe zur Rücknahme und Verwertung von Großgeräten der „weißen Ware“ und von Fernsehern vorgelegt, obwohl der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Walter Hirche, auf die Frage 66 in Drucksache 13/2279 angekündigt hat, dies würde „in Kürze“ geschehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

29. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle politische Situation in Benin, und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die bilateralen Beziehungen?
30. Abgeordneter
Joachim Tappe
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die vereinbarte Ausstattungshilfe für Benin zu suspendieren, besonders vor dem Hintergrund der Signalwirkung einer solchen Maßnahme gegenüber den Opfern des Kerekou-Regimes und anderer afrikanischer Militärdiktaturen?
31. Abgeordneter
Dr. R. Werner Schuster
(SPD)
- Wie begründet die Bundesregierung ihr Festhalten an der mit dem westafrikanischen Land Benin vereinbarten Ausstattungshilfe, nachdem Präsident Soglo im März dieses Jahres in den Präsidentschaftswahlen dem ehemaligen Militärdiktator Kerekou, der 1972 mit Hilfe eines Militärputsches an die Macht gelangte und das Land bis 1991 mit eiserner Hand regierte, unterlag?
32. Abgeordneter
Dr. R. Werner Schuster
(SPD)
- Hält es die Bundesregierung für ratsam, die Ausstattungshilfe für Benin entweder vorerst zu stoppen und erst dann wieder aufzunehmen, wenn sichergestellt ist, daß Wahlsieger Kerekou die unter Soglo eingeleitete Demokratisierung Benins fortführt, oder aber in Form einer Demokratisierungshilfe zu gewähren, die in erster Linie der Bevölkerung des Landes zugute käme?
33. Abgeordneter
Erich G. Fritz
(CDU/CSU)
- Wie ist die Haltung der Bundesregierung zur Androhung von Sanktionen durch die Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber deutschen Unternehmen, die mit bestimmten Ländern Handel treiben?

- | | |
|--|--|
| 34. Abgeordneter
Erich G.
Fritz
(CDU/CSU) | Welche bilateralen oder anderen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die drohende Auseinandersetzung über Handelsfragen in bezug auf Frage 31 kurzfristig zu lösen? |
| 35. Abgeordneter
Robert
Antretter
(SPD) | Mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung auf Presseberichte zu reagieren, wonach in Kroatien die Pressefreiheit durch wirtschaftliche und strafrechtliche Restriktionen eingeschränkt werden soll? |
| 36. Abgeordneter
Robert
Antretter
(SPD) | Hält die Bundesregierung die Einhaltung der von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in ihrer Stellungnahme vom 24. April 1996 aufgelisteten Bedingungen für einen Beitritt Kroatiens zum Europarat für juristisch verbindlich? |
| 37. Abgeordneter
Freimut
Duve
(SPD) | Welche Reaktionen plant die Bundesregierung hinsichtlich des in der „ZEIT“ vom 15. Mai 1996 geschilderten Vorgehens des kroatischen Präsidenten Tudjman, die vom Bundesminister des Auswärtigen, Dr. Klaus Kinkel, eingeladenen kroatischen oppositionellen Fraktionsführer mittels einer konzertierten Medienaktion unter dem Stichwort „Landesverrat“ so einschüchtern zu lassen, daß sie daraufhin aus Angst vor Repressalien ihre Reise in die Bundesrepublik Deutschland wieder abgesagt haben? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

- | | |
|---|--|
| 38. Abgeordneter
Thomas
Krüger
(SPD) | Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Mittel für die sog. „Trainertöpfe Ost“ mit einer Fristsetzung zum 30. Juni 1996 (Wintersport) bzw. zum 31. Dezember 1996 (Sommersport) auslaufen, und was gedenkt sie unterstützend für den bundesdeutschen Sport zu unternehmen, damit einerseits vertretbare, athletennahe Entscheidungen getroffen und andererseits die ostdeutschen Trainer nicht zu Opfern verbandsinterner Prioritätensetzungen werden? |
|---|--|

39. Abgeordneter
Thomas Krüger
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, daß Vertragsverlängerungen speziell mit ostdeutschen Trainern bereits ausgeschlossen werden, und wie beurteilt sie Vorhaben – wie z. B. das der Deutschen Eislafunion –, die darauf gerichtet sind, durch die Hinzuziehung ausländischer Trainer gezielt Sportlertalente anzuwerben, denen erst noch die deutsche Staatsangehörigkeit zu-zuerkennen wäre, und damit die Frage aufwer-fen, an welchem Platz in der verbandsinternen Reihenfolge der Prioritäten die Förderung des eigenen Nachwuchses steht?
40. Abgeordneter
Erwin Marschewski
(CDU/CSU)
- Wie viele Jäger, Sportschützen und andere berechnigte Waffenbesitzer gibt es in der Bundes-republik Deutschland, und wie viele Schußwaf-fen entfallen jeweils auf sie?
41. Abgeordneter
Manfred Such
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit trifft die kürzlich geäußerte Kritik des nordrhein-westfälischen Innenministers am Ein-satzverhalten des Bundesgrenzschutzes bei den Kurdendemonstrationen Mitte März zu, wonach der BGS an den Grenzen zu Belgien und den Nie-derlanden in zu geringer Zahl eingesetzt gewe-sen sei, keine Absprachen mit der Landespolizei getroffen habe, diese zu spät von der Ankunft der Busse mit PKK-Anhängern an den Grenzüber-gängen Elten und Aachen informiert habe und mehrfache angeblich agressions-fördernde Hub-schrauberüberflüge über Demonstranten in Aachen erst auf wiederholte eindringliche Bitte der Polizei eingestellt habe (vgl. Aachener Nach-richten vom 7. Mai 1996), und welche Schlußfol-gerungen zieht die Bundesregierung aus dem damaligen Einsatzablauf, etwa hinsichtlich not-wendiger Verbesserungen eines frühzeitigen Informationsaustausches mit den Polizeien der Bundesländer sowie der Nachbarstaaten?
42. Abgeordnete
Ute Vogt
(Pforzheim)
(SPD)
- Trifft es zu, daß Absprachen über denkbare Lageentwicklung, Unterstützungsbedarf, Ein-satzkonzeption, Führung bzw. Zusammenarbeit anläßlich der PKK-Veranstaltung am 16. März 1996 vor Ort nicht stattgefunden haben?
43. Abgeordnete
Ute Vogt
(Pforzheim)
(SPD)
- Stimmt die Bundesregierung mit der Feststellung überein, daß es ein unhaltbarer Zustand wäre, wenn die Bundesgrenzschutzstellen nicht recht-zeitig über die anreisenden PKK-Anhänger infor-miert waren, wodurch es zu deutlichen Defiziten in der Zusammenarbeit mit den niederländischen und belgischen Behörden kam?

44. Abgeordneter
Hans Peter Kemper
(SPD)
- Wie erklärt sich die Bundesregierung die in der „Welt“ vom 7. Mai 1996 gemeldete Tatsache, daß während der gesamten Einsatzzeit keine klaren Führungsverhältnisse bei der Zusammenarbeit zwischen dem Bundesgrenzschutz und der Länderpolizei an den Einsatzorten an der deutsch-niederländischen Grenze anläßlich der PKK-Veranstaltung am 16. Mai 1996 geherrscht haben, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um bei künftigen Einsätzen eine einheitliche Führung zu gewährleisten?
45. Abgeordneter
Hans Peter Kemper
(SPD)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung auch vor dem Hintergrund des gerade erst verabschiedeten Schengener Abkommens aus dem Verhalten der belgischen Behörden, die nach einem Pressebericht in der „Welt“ vom 7. Mai 1996 deutsche Einsatzbeamte nachdrücklich aufgefordert haben, sich vom belgischen Hoheitsgebiet zurückzuziehen und das Eingreifen deutscher Polizeikräfte auch dann nicht erlaubten, als ihnen gegenüber Straftaten von belgischem Boden aus verübt wurden?
46. Abgeordneter
Günter Graf
(Friesoythe)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat das Bundesministerium des Innern im Vorfeld der PKK-Veranstaltung am 16. März 1996 getroffen, um eine derartige Eskalation und unerlaubte Grenzüberschritte, so wie sie zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere im Bereich Elten-Emmerich, erfolgt sind, zu verhindern?
47. Abgeordneter
Günter Graf
(Friesoythe)
(SPD)
- Trifft es zu (siehe „Die Welt“ vom 7. Mai 1996), daß das Bundesministerium des Innern im Vorfeld dieses Einsatzes die Grenzschutzpräsidien beauftragt hat, die angeordneten Maßnahmen der Grenzüberwachung mit den zuständigen Landespolizeien abzustimmen, daß aber eine solche Abstimmung zwischen Bundesgrenzschutz und Länderpolizeien nicht erfolgt ist und den nordrhein-westfälischen Polizeibehörden lediglich am Nachmittag des 15. März 1996 ein Einsatzbefehl übermittelt wurde, aus dem hervorging, daß der Bundesgrenzschutz Maßnahmen zur Verhinderung der Einreise trifft?
48. Abgeordneter
Otto Schily
(SPD)
- Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, daß angesichts der am 16. März 1996 erwarteten illegalen Einreise potentieller Teilnehmer der verbotenen PKK-Veranstaltung in Dortmund die Zahl der für die Aufgabenerfüllung an den Grenzübergängen Aachen-Lichtenbusch und Emmerich-Elten bereitgestellten Kräfte des

Bundesgrenzschutzes von Anfang an nicht ausreichend war und deshalb nicht hinreichend vorbereitete und ausgestattete Kräfte der nordrhein-westfälischen Polizei in einem Notzugriff den Bundesgrenzschutz massiv unterstützen mußten?

49. Abgeordneter
**Otto
Schily**
(SPD)

Wie erklärt die Bundesregierung die Fehleinschätzung des Personalbedarfs, insbesondere im Bereich Elten, als dessen Folge eine junge Polizeibeamtin und ein junger Polizeibeamter massiv von aus den Niederlanden kommenden Kurden verletzt wurden, die zuvor von den Kräften des Bundesgrenzschutzes nicht an der illegalen Einreise gehindert werden konnten?

50. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)

Welche politischen, rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um ggf. bundesrechtlich zu erreichen, daß die Polizeikosten bei Einsätzen im Zusammenhang mit gewalttätigen Demonstrationen dem Veranstalter der Demonstration auferlegt und gegen ihn auch mit Erfolg geltend gemacht werden?

51. Abgeordneter
**Dietmar
Schlee**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung, nachdem nunmehr auch das Bundesverfassungsgericht die Rechtmäßigkeit des Asylkompromisses bestätigt hat, stärker auf die „säumigen“ Bundesländer einwirken, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht zur Abschiebung abgelehnter Asylbewerber konsequenter nachzukommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

52. Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens
Rössel**
(PDS)

Ist der Bundesregierung eine Pressemitteilung der Mitteldeutschen Zeitung, Lokalredaktion Sangerhausen, vom 3. Mai 1996 bekannt, wonach bei einer erneuten Privatisierung der in Gesamtvollstreckung befindlichen Sangerhäuser Maschinenfabrik S. der Verkauf des Unternehmens an den Dessauer Unternehmer L. B. favorisiert werde?

53. Abgeordneter
**Dr. Uwe-Jens
Rössel**
(PDS)

Welche Initiativen wird die Bundesregierung evtl. zur Unterstützung der Wiederaufnahme der Produktion in der Sangerhäuser Maschinenfabrik in der am meisten von Arbeitslosigkeit betroffenen Sangerhäuser Region ergreifen?

54. Abgeordneter
**Ernst
Schwanhold**
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, für den im Sommer turnusgemäß geplanten Weltwirtschaftsgipfel eine internationale G7-Initiative für mehr Wachstum und Beschäftigung und für eine bessere Koordination der Zins- und Geldpolitiken der Notenbanken im Interesse von mehr Währungsstabilität vorzuschlagen, und wenn ja, welche Maßnahmen wird sie ergreifen?
55. Abgeordnete
**Dr. Sigrid
Skarpelis-Sperk**
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den Beitrag der Haushalts- und Finanzpolitik eines beschäftigungswirksamen Wachstums unter Berücksichtigung ihrer Einschätzung der Konjunkturlage, der Investitionsschwäche, des Konsolidierungsbedarfs und der jüngsten Steuerschätzung vom 15. Mai 1996 für das laufende Jahr, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der kritischen „Stellungnahme des Frühjahrgutachtens und des Sondergutachtens des Sachverständigenrates“?
56. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Welche Gebäude von Auslandsvertretungen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, die nach der Vereinigung in das Eigentum der Bundesrepublik Deutschland übergingen, wurden nach Kenntnis der Bundesregierung zwischenzeitlich veräußert (Aufschlüsselung nach Vertretung, Lage des Objekts, erzieltm Erlös und Verwendungszweck nach Veräußerung)?
57. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard**
(SPD)
- Welche Subventionen (Aufschlüsselung nach Art der Subvention und jeweiligem Volumen) werden nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig aus Bundesmitteln gewährt, und auf welcher Rechtsgrundlage beruht die Gewährung der jeweiligen Subventionen?
58. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Sperling**
(SPD)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten, weitere Zinssenkungsspielräume zu nutzen, das Niveau der langfristigen Zinsen in Deutschland niedrig zu halten und von möglichen steigenden Tendenzen in den Vereinigten Staaten abzukoppeln?
59. Abgeordneter
**Gernot
Erlor**
(SPD)
- Hat die Bundesregierung vor der Neuregelung der Besteuerung ausländischer Künstler geprüft, welche Auswirkungen die Änderungen für inländische Veranstalter mit ausländischen Künstlern haben, bei denen in der Regel Agenturverträge zugrunde liegen, nach denen die inländischen Veranstalter die deutschen Steuern zu zahlen haben, und zu welchem Ergebnis ist diese Prüfung gelangt?

60. Abgeordneter
**Gernot
Erler**
(SPD)

Wie wird die Bundesregierung verhindern, daß die aus der Neuregelung der Künstlerbesteuerung erwachsenden Mehrbelastungen dazu führen, daß inländische Veranstalter mit ausländischen Künstlern zum Schaden der Kulturpolitik ihre Aktivitäten einschränken, mit dem Effekt, daß dadurch gar keine Steuerabführungen mehr anfallen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

61. Abgeordneter
**Ernst
Schwanhold**
(SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die konjunkturelle Lage und Perspektive in Deutschland für das laufende Jahr und 1997 nach Vorlage des Sondergutachtens des Sachverständigenrates und seiner Einschätzung, wonach im Jahre 1996 das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland jahresdurchschnittlich nur um 0,5% expandieren und nicht, wie von der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht für 1996 angegeben, um 1,5% wachsen wird?

62. Abgeordnete
**Dr. Sigrid
Skarpelis-Sperk**
(SPD)

Sind der Bundesregierung die Feststellungen der Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute zur Lage der Bauindustrie bekannt, wonach in diesem Jahr der gesamtdeutsche Wohnungsbau um 3%, der gesamtdeutsche Wirtschaftsbau um 2% und die Bauinvestitionen im öffentlichen Bereich um 2% rückläufig sein werden, und welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um dem Rückgang der Baukonjunktur in den alten, ebenso wie in den neuen Bundesländern entgegenzuwirken und zu verhindern, daß sich diese Entwicklung auch in 1997 fortsetzt?

63. Abgeordneter
**Dr. Dietrich
Sperling**
(SPD)

Wie reagiert die Bundesregierung auf die zurückgehende Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen im Unternehmensbereich, bei denen nach Feststellungen des Sachverständigenrates nur mit einem Anstieg von real 0,5% im laufenden Jahr zu rechnen ist, und was unternimmt die Bundesregierung, um das von ihr im Jahreswirtschaftsbericht vorausgesagte Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen von 2 bis 3% in diesem Jahr noch zu erreichen?

Bonn, den 17. Mai 1996

